Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt

Hauptblatt und gelesenste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und angrenzenden Gebieten

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts zu Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Bischofswerda.

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volksschichten

Wöchentliche Beilagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt. — Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag der Buchdruckerei Friedrich May in Bischofswerda. — Fernsprecher Nr. 22.

Erscheinungsweise: Jeden Werktag abends für den folgend. Tag. **Bezugspreis:** Bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.— ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten, sowie Zeitungsausträger und die Geschäftsstelle des Blattes nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 21 543. — Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Grundzeile (Zlm. Messe 14) oder deren Raum 90 Pfg., örtliche Anzeigen 60 Pfg. Im Textteil (Zlm. Messe 14) 220 Pfg., die 3gespaltene Zeile. Bei Wiederholungen Nachlaß nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die 3gespaltene Zeile 120 Pfg. — Für bestimmte Tage oder Plätze wird kein Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 262. **Dienstag, den 9. November 1920.** **75. Jahrgang.**

Deutscher Reichstag.

In der Sitzung am Sonnabend stand erst die Interpellation Schiffer über Eupen und Malmedy zur Besprechung. Reichsminister **Simons** erwiderte, daß die deutsche Regierung die Entscheidung des Obersten Rates in Paris über die Abstimmung in Eupen und Malmedy als rechtsgültig nicht anerkenne. Die Regierung hofft, daß der Völkerbund endlich eine eingehende Prüfung des vorgelegten Materials vornimmt und von der Grundlage der Gerechtigkeit, ohne die es einen Völkerbund nicht geben kann, bei seinen Entscheidungen nicht abweicht.

Es folgt die Interpellation Arnstadt (Dnat.) über

Kartoffellieferungsverträge.

Abg. **Schimmelpfennig** (Dnat.) führt zur Begründung aus: Es werden viele Klagen laut, daß von den auf Lieferungsverträge abgeschlossenen Kartoffeln noch große Mengen unabgenommen sind. Trotzdem weite Gebiete Mangel haben, können die Landwirte wegen der Nichtinnehaltung der Verträge durch Reich, Städte und Kommunalverbände über die Kartoffeln nicht verfügen. An vielen Orten werden den Landwirten die Kartoffeln gewaltsam genommen. Überall mangelt es an Wagengestellung der Eisenbahnen. Was wird die Regierung zur Beseitigung dieser Mißstände tun?

Reichsernährungsminister **Hermes**: Nach den getroffenen Abmachungen sollen 60 v. H. der Kartoffeln im Herbst, der Rest im Frühjahr abgenommen werden. Zunächst hat diese Abnahme unter großen Schwankungen gelitten, seit Oktober ist der Bezug aber regelmäßig geworden; auch die Reichsreserve ist in Ordnung, mit Ausnahme Schlesiens, wo die Abnahme nicht ganz wunschgemäß vonstatten ging; der jüngst eingetretene Frost hat aber den Transport erschwert.

Die Abgabe billiger Kartoffeln

ist von der Landwirtschaft in dankenswerter Weise gefördert worden, wegen Transportschwierigkeiten ist die Lieferung dieser Kartoffeln nach dem Westen aber auf Schwierigkeiten gestoßen, und es ist bedauerlich, daß es deswegen vielfach zu Unruhen gekommen ist. Die Lieferung gedeckter Wagen für den Kartoffeltransport war auch nicht immer möglich. Die Preisfestsetzung ist bereits im Frühjahr dieses Jahres durch das Reichswirtschaftsministerium erfolgt, in der Absicht, auf den Kartoffelbau befruchtend zu wirken. Diese Absicht ist auch völlig erreicht worden. Durch Lieferungsabkommen wurde die Abnahme der Kartoffeln sichergestellt. Alle diese Abkommen fand das Reichsernährungsministerium bei seiner Einrichtung vor. Der Lieferungszuschlag ist ebenfalls auf ein Abkommen zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern zurückzuführen; meine Bemühungen, diesen Zuschlag zu ermäßigen, sind daran gescheitert, daß beide Teile an dieser Festsetzung festhielten. Nun haben die Kommunalverbände viel weniger an Kartoffeln angefordert, als seinerzeit der Abmachung zugrunde lag. Hätten die Städte die Kartoffeln regulär abgenommen, wären uns viele Unruhen beim Übergang der Zwangswirtschaft zur freien Wirtschaft erspart geblieben. Das Ministerium hat daher einen Mittelweg eingeschlagen, indem es die Lieferungsverträge beibehielt, für alle Fälle eine Reichsreserve schuf und sonst den freien Handel einrichtete.

Die Ernte ist gut

ausgefallen. Der Hektarertrag ist von 110 auf 125 Doppelzentner gestiegen. Zudem ist die Ernte schon vielfach unter Dach und Fach, unter Frost hat sie daher weniger gelitten. Zu Besorgnissen liegt somit kein Anlaß vor. Auch hinsichtlich der Preisbildung ist das der Fall. Die Regierung bereitet ein Gesetz gegen Wucher und Schieber vor.

Das Haus vertagt sich auf Donnerstag, den 18. November: Sozialisierungsinterpellation.

Der Elektrizitätsstreik in Berlin.

Wie bereits in der letzten Nummer mitgeteilt, ist in Berlin ein Streik der Elektrizitätsarbeiter ausgebrochen, durch welchen zahlreiche Betriebe stillgelegt wurden. Über den Stand der Streikbewegung wird gemeldet:

Berlin, 7. November. (Priv.-Tel.) Nachdem gestern in den späten Abendstunden die Technische Nothilfe in den Berliner Elektrizitätswerken eingesetzt worden ist, gelang es nach angestrengtem stundenlangen Arbeiten heute gegen Mittag in drei Werken Strom zu erzeugen. In den Verhandlungen, die am Sonnabend abend mit den streikenden Arbeitern stattfanden, wurde von diesen zugestanden, daß ein Notbetrieb zur Versorgung der Krankenhäuser und ähnlicher wichtiger Anlagen eingerichtet werden sollte. Die Arbeiter haben diese Zusage jedoch nicht gehalten, so daß die Technische Nothilfe endlich mit großer Verzögerung eingesetzt werden mußte. Besonders schwierig war die Lage in den großen Werken von Moabit und Rummelsburg. Sabotageakte sind nirgends verübt worden, jedoch waren in den Werken die Feuer gelöscht, das Wasser aus den Kesseln herausgelassen und alles Werkzeug und alles Feuerungsmaterial beiseite geschafft. Naturgemäß gelang es nur zum Teil, die Stromlieferung wieder in Gang zu bringen. Eine Verschärfung des Streiks ist inzwischen nicht eingetreten. Besonders besteht bei den anderen Arbeitergruppen in den Gas- und Wasserwerken keine Neigung zum Streik mit Ausnahme von einigen wenigen Werken.

Heute vormittag haben wieder Verhandlungen beim Magistrat stattgefunden. Danach erklärten die Arbeiter in den städtischen Werken, daß sie nunmehr die Notstandsarbeiten in den Elektrizitätswerken wieder übernehmen und die lebenswichtigen Betriebe mit Strom versorgen wollen. Daraufhin ist heute vormittag die Technische Nothilfe aus den Elektrizitätswerken wieder zurückgezogen worden. Die Verhandlungen mit den Arbeitern über die Wiederaufnahme des vollen Betriebs werden gegenwärtig noch fortgesetzt. Zurzeit ist Berlin nur teilweise mit Licht und Kraft versorgt.

Berlin, 7. November. (W. T. B.) Zum Streik der Elektrizitätsarbeiter bemerkt der „Vorwärts", er decke den Widersinn der politischen und wirtschaftlichen Strömungen der Jetztzeit in seiner ganzen Kraßheit auf. Man gewinne den Eindruck, daß die Wirkung von Streiks dieser Art weniger eine Stärkung der Einheitsfront des Proletariats als vielmehr ein Abschrecken weiter Volkskreise bedeute. Wenn Tausende und aber Tausende von Familienvätern durch den Streik einer Arbeitergruppe gleichfalls zum Feiern gezwungen werden, werden manche von ihnen in der Technischen Nothilfe nicht mehr den Fremdkörper im Organisationsleben der Arbeiterschaft sehen. Immer wieder sei zu betonen, daß die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe eine größere Verantwortung haben als andere Berufsgruppen. Es liege aber leider sehr stark die Vermutung nahe, daß ein Teil der kommunistisch gerichteten Kreise weniger gegen den Schiedsspruch protestieren, als der heutigen Feier der russischen Revolution eine passende Umrahmung geben wollte.

Wie der „B. Z. a. M." von maßgebender Seite mitgeteilt wird, ist der Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter auf die unverantwortliche Hetze des Kommunistenführers Sylt zurückzuführen. Die gesamten Arbeiterführer, sowie alle Gewerkschaften sprechen sich gegen diesen wilden Streik aus.

Neues aus aller Welt.

— **Strafanzeige gegen Erzberger.** Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, ist gegen den früheren Reichsfinanzminister Erzberger nunmehr bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige erstattet worden, und zwar wegen dringenden Verdachts der Steuerhinterziehung. Begründet wird die Anzeige damit, daß nach der Zurückziehung des Strafantrages Erzbergers gegen Dr. Bülck und nach seiner Erklärung, daß er sich auf den Weg der Privatklage nicht locken lassen werde, eine gerichtliche Klärung der Steuerangelegenheit Erzbergers auf anderem Wege nicht möglich sei und daß man der durch das Finanzamt und das Finanzministerium geführten Untersuchung nach dem bisherigen Verlauf mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstehen müsse. Die Anzeige ersucht die Staatsanwaltschaft, ihre Ermittlungen auch auf die Auslandskonten Erzbergers auszudehnen. Es wird darauf hingewiesen, daß Herr Erzberger bei auswärtigen Banken sehr erhebliche Guthaben gehabt hat. Die meisten dieser Banküberweisungen Erzbergers an auswärtige Banken werden von ihm mit politischen Zwecken begründet, nur bei zwei Überweisungen an Schweizer Banken im Betrage von etwa 250 000 ℳ werden keinerlei Zwecke angegeben, so daß man in diesen Fällen annehmen muß, daß es sich um private Gelder Erzbergers handelt. Die Anzeige bittet die Staatsanwaltschaft, durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes festzustellen, ob die Angaben Erzbergers, daß es sich um Gelder des Reiches handele, die zu politischen Zwecken verwendet werden sollen, den Tatsachen entsprechen. Ferner wird die Staatsanwaltschaft ersucht, festzustellen, ob bei den Schweizer Überweisungen Erzbergers die steuerlichen Vorschriften erfüllt sind. Nach den geltenden Bestimmungen ist die Staatsanwaltschaft verpflichtet, nachdem sie nunmehr amtlich von den Beschuldigungen gegen Erzberger Kenntnis erhalten hat, gegen diesen das Ermittlungsverfahren einzuleiten. Auf das Ergebnis der Untersuchung darf man mit Recht gespannt sein.

— **Zum Jahrestag der russischen Revolution** veranstalteten Sonntag vormittag in Berlin der linke Flügel der U. S. P. D., die K. P. D. und die kommunistische Jugend Deutschlands in Groß-Berlin 20 öffentliche Versammlungen, die aber durchweg nur mäßig besucht waren und einen ruhigen Verlauf nahmen.

— **Sozialistische Feiern in München.** Sonntag vormittag versammelten sich etwa 8000 bis 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Arena der Ausstellung in München. Abgeordneter Roßhaupter (Mehrheitssozialist) sprach über die Errungenschaften aus den Revolutionstagen. Nach der Feier zogen die Arbeiter ruhig in kleinen Gruppen in ihre Bezirke zurück. Es kam nirgends zu Zusammenstößen. Die von der U. S. P. und K. P. D. veranstalteten Versammlungen waren ziemlich schwach besucht.

— **Stud jur. und Bäckergeselle.** In der letzten Vorstandssitzung der anhaltischen Handwerkskammer in Dessau wurde das Gesuch eines Bäckergesellen, der vor dem Kriege drei Semester Rechtswissenschaft studiert und am Feldzug als Offizier teilgenommen hat, um Zulassung zur Meisterprüfung unter Entbindung von dem vorgeschriebenen Nachweise einer dreijährigen praktischen Gesellentätigkeit genehmigt.

— **Ein Elefant standrechtlich erschossen.** In einem amerikanischen Zirkus sollte kürzlich ein Elefant vergiftet werden. Die ihm mit einer Apfelsine gereichte Dosis erwies sich jedoch für die Natur des Elefanten als nicht ausreichend. Das Tier hatte wohl aber nun von dem Anschlag auf sein kostbares Leben eine Ahnung bekommen und geriet darüber in begreiflichen Ärger, dies aber in einer höchst merkwürdigen Gestalt. Es erfaßte mit seinem Rüssel die Löwen- und Tigerkäfige einen nach dem anderen und warf diese dann mit einer derartigen Kraft durcheinander, daß die Diagnose Altersschwäche wohl doch nicht ganz stimmen mochte. Der anderen Tiere bemächtigte sich, sei es durch den Anschlag auf ihren kräftigeren Kollegen oder durch dessen Attentat auf sie selbst, eine so große Aufregung, daß die Zirkusvorstellungen drei Tage lang ausfallen mußten. „Schneider" aber, so hieß der Elefant, wurde wenige Tage später trotz größten Sträubens von einer Kompagnie Soldaten standrechtlich erschossen.

— **Eine ganze Familie ermordet.** In der westfälischen Ortschaft Altenhagen wurde die aus vier Köpfen bestehende Familie des Landwirts Boedecker mit zertrümmertem Schädel ermordet in der Jauchegrube aufgefunden. Mutmaßlicher Mörder ist ein russischer Landarbeiter, der flüchtig ist.

— **Die Beraubung des Sarges der heiligen Elisabeth,** eine besonders empörende Tat, wird aus Marburg berichtet. Es sind von dem Räuber 173 Edelsteine und 12 Perlen im Werte von 2 Millionen Mark erbeutet worden.

Aus Sachsen.

—* **Der Rückgang der Erwerbslosenziffern in Sachsen.** Die Zahl der Erwerbslosen betrug am 1. Oktober 71 080 männliche und 37 748 weibliche Erwerbslose. Am 15. Oktober wurden 68 197 männliche und 34 879 weibliche Erwerbslose gezählt. Somit ist in Sachsen ein kleiner Rückgang der Erwerbslosenziffern zu verzeichnen.

Dresden, 8. November. **Die Abfindung der sächsischen Krone.** Die Arbeiten über die Auseinandersetzungen mit dem ehemaligen sächsischen Königshause sind nunmehr soweit gediehen, daß die verschiedenen Besprechungen mit dem Gerichtsvertreter des Königs Friedrich August beginnen können. Diese Auseinandersetzungen waren bekanntlich deswegen besonders schwierig, weil die privatrechtlichen und staatlichen Ansprüche auf die vielen Sammlungen, auf die Gemäldegalerie, das Grüne Gewölbe usw. geklärt werden mußten. Dem neuen Landtag dürfte bald nach seinem Wiederzusammentritt die Regierungsvorlage hierüber zugehen.

Dresden, 8. November. **Abwanderung von Industriearbeitern in die Kohlengebiete.** Der Andrang von Arbeitskräften in den sächsischen Kohlenrevieren ist außerordentlich stark. Von einem Arbeitermangel kann nicht mehr die Rede sein, teilweise besteht schon ein Überangebot an Arbeitskräften. Die Abwanderung nach den Kohlenrevieren ist nunmehr so groß, daß in manchen Industrien bereits ein empfindlicher Mangel an Arbeitern zu spüren ist und es schwer hält, besonders gelernte Arbeiter zu bekommen.

Plauen i. V., 8. November. **Infolge eines Ohnmachtsanfalles des Lokomotivführers** mußte der abends 10.42 Uhr nach Reichenbach fahrende Personenzug über eine Stunde lang auf offener Strecke liegen bleiben. Der Führer eines Güterzuges brachte den Personenzug bis Jocketa, von wo aus der erkrankte Lokomotivführer den Zug bis Reichenbach ohne weiteren Zwischenfall leiten konnte.